

wahl weniger eine Wahl für als vielmehr gegen bestimmte Kandidaten. Nicht alle, die für Lech Wałęsa votierten, sahen in dem Friedensnobelpreisträger und früheren Danziger Gewerkschaftsführer ihren Wunsch Kandidaten. Darin von Äußerungen mancher Bischöfe wie etwa des polnischen Primas, Kardinal *Józef Glemp*, bestärkt, meinten sie zur Verhinderung von Schlimmerem (Gefährdung der Religionsfreiheit und christlicher Werte) gar keine andere Wahl zu haben, als ihre Stimme für Wałęsa abzugeben.

Aber auch das Votum für Kwaśniewski war für manche in kirchlicher Hinsicht ein Votum „gegen“ – nämlich gegen die allzu enge Verbindung eines bestimmten politischen Lagers mit dem Episkopat, wie sie in der demonstrativen Nähe von Lech Wałęsa und Johannes Paul II. in der Vergangenheit immer wieder zum Ausdruck kam. In dieser Hinsicht hat sich nach Meinung vieler Beobachter die offene kirchliche Unterstützung für Wałęsa während der Präsidentschaftswahlkampagne kontraproduktiv ausgewirkt. Die Schärfe der Warnungen haben auch einen Teil der kirchlich orientierten Wählerschaft nicht davon abhalten können, für Kwaśniewski zu stimmen.

Daß man kirchlicherseits den Weg einer direkten Unterstützung des früheren *Solidarność*-Führers gegangen ist, verwunderte auch insofern, als sich die entsprechende Vorgehensweise bereits bei den Parlamentswahlen von 1993 nicht auszahlte. Den möglichen Sieg eines Links-Kandidaten nannten die Bischöfe jetzt unumwunden eine *Bedrohung für Polen*. In der Sicht von Kardinal Glemp hatte Polen die Wahl zwischen dem, was er das „christliche Modell“ nannte, und dem „Neu-Heidentum“. Wem diese Nähe des Episkopats zu einem der beiden Kandidaten des zweiten Wahlgangs ein Dorn im Auge war, wurde so regelrecht auf die Seite des früheren Ministers für Jugend und Sport (seit 1985) in der Regierung Messner gedrängt. Dessen vergleichsweise jugendliches Alter (Kwaśniewski gehört dem Jahrgang 1954 an) relativierte offenbar Versu-

che, ihn haftbar zu machen für die Politik der einstigen kommunistischen Arbeiterpartei, der er seit 1977 angehörte.

Man muß die ersten an die kirchliche Adresse gerichteten beschwichtigenden Äußerungen in Interviews (z. B. in: *Der Spiegel*, 48/1995) des neu gewählten Präsidenten nicht zum Nennwert nehmen. Gerade in den ersten Monaten ist Kwaśniewski ganz besonders darauf angewiesen, als Präsident aller Polen Anerkennung zu finden. Eine offene Schlacht mit der Kirche kann er in dieser Situation nicht gebrauchen.

Aber auch darüber hinaus besteht kein Grund, die Lage schwieriger zu zeichnen, als sie tatsächlich ist. Einer der besonneneren im polnischen Episkopat, der Sekretär der Bischofskonferenz, Bischof *Tadeusz Pieronek*, meinte etwa, er erwarte kein „Drama“. Der Wille des Volkes müsse respektiert werden. Es gelte, nun ruhig und analytisch die neue Lage zu überdenken. Kwaśniewski werde als Präsident möglicherweise anders handeln denn als Kandidat.

Die Nagelprobe des künftigen Verhältnisses von Kirche und Staat in Polen ist das weitere Schicksal des zwar längst unterzeichneten, aber vom Parlament noch nicht ratifizierten Konkordats. Rechtzeitig vor der Präsidentschaftswahl legte Lech Wałęsa dem Parlament drei Gesetzentwürfe vor, die die Ratifizierung des Konkordats beschleunigen sollen. Wohl auch, um sich damit der kirchlich orientierten Wählerschaft zu empfehlen. Sollten sie die erforderliche Parlamentsmehrheit finden, wäre damit das polnische Recht in Übereinstimmung mit den Konkordatsbestimmungen. U. a. ist darin die Gleichberechtigung zwischen kirchlicher und staatlicher Eheschließung enthalten.

Für das weitere Schicksal des Konkordats, aber auch der Stellung der Kirche in Politik und Öffentlichkeit wird es von entscheidender Bedeutung sein, welche Richtung künftig innerhalb des Episkopates den Ton angeben wird. Unter einem sozialdemokratischen Präsidenten samt sozialdemokratisch

geführter Regierungsmehrheit ist dies noch wichtiger als unter der Ägide des bisherigen Amtsinhabers. Sollte man sich als Kirche – ähnlich dem irischen Scheidungsreferendum Ende November 1995 (vgl. ds. Heft, S. 15 f.) – eine Detailbestimmung zur Trennung von Staat und Kirche nach der anderen mühsam und über einen längeren Zeitraum mit vorhersehbarem Ausgang abringen lassen, stünde Polen ein Prozeß mit verheerenden Langzeitwirkungen auf das Image des Katholizismus in der Gesellschaft bevor, an dem niemand in der Kirche gelegen sein kann. Eine fortgesetzte *Frontalopposition* könnte insofern die Polen in einer Haltung bestärken, die zu bekämpfen dieselben Teile der Kirche vorgeben. Vermittelndere Vertreter der amtlichen Kirche sind dagegen ungleich stärker darauf angewiesen, sichtbare Erfolge ihrer Linie vorweisen zu können, mit anderen Worten: daß sie auf politischer Seite Gesprächspartner finden, die die ihnen gereichten Hände nicht zurückweisen. Sollte es dazu bereits zu spät sein? nt

Ja oder nein?

Streit über die Währungsunion und europäische Einigung

Der Vertrag von Maastricht ist nach heftigen Auseinandersetzungen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union längst ratifiziert. Der Fahrplan für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion mit der Errichtung einer europäischen Zentralbank und der Einführung einer gemeinsamen Eurowährung bis zum Jahre 2002 ist vorgegeben. Die strengen Beitrittskriterien (niedrige Inflationsrate, Haushaltsdefizit nicht über drei Prozent, öffentliche Verschuldung nicht über 60 Prozent des BIP, geringe Zinsschwankungen, geringe Währungsschwankungen) sind festgezurr.

Je näher aber die Wirtschafts- und Währungsunion den Europäern zeit-

lich an den Leib rückt, um so widersprüchlicher werden die Haltungen zwischen Befürwortern und Gegnern, um so lauter und vielstimmiger melden sich die Bedenkenräger zu Wort.

Während einzelne Länder, die am wenigsten Aussicht haben, die Beitrittskriterien zum vorgegebenen Zeitpunkt oder überhaupt erfüllen zu können, sich, wie z. B. *Italien*, verzweifelt anstrengen, Inflation und Haushaltsdefizit zu verringern, weil man auf keinen Fall nur zur B-Liga in Europa gehören möchte, verweigert anderswo, wie gegenwärtig in *Frankreich*, die von der staatlichen Sparpolitik betroffene Bevölkerung durch gewaltigen öffentlichen Aufruhr die Möglichkeit, die Voraussetzungen für den Beitritt zu schaffen.

Und in *Deutschland* grassiert mehr denn je die Angst vor dem DM-, damit vor dem Stabilitätsverlust. Nur selten wird in der Öffentlichkeit, wie unlängst in einem Leitartikel der „Hanoverschen Allgemeinen“ (4. 11. 95), darauf verwiesen, daß es nicht nur die strengen Beitrittskriterien gibt, sondern daß unter dem Druck der Maastrichter Terminvorgaben aus der europäischen Inflationgemeinschaft der siebziger Jahre bereits eine *Stabilitätsgemeinschaft* mit einer durchschnittlichen Inflationsrate nur noch rund um die drei Prozent zu werden beginnt, während die UN-Wirtschaftskommission für Europa den Europäern erst vor wenigen Wochen vorwarf, sie betrieben im Blick auf die Verwirklichung der Währungsunion Deflationpolitik und bremsten damit den ohnehin noch schwachen Konjunkturauftrieb.

Wirtschaftswissenschaftler warnen – ausgerechnet sie –, es fehlten, weil die politische Union nicht vorankomme, an den politischen Voraussetzungen. Mittelständler und Sparkassenorganisationen bemängeln die noch zu geringe Anpassung der Volkswirtschaften aneinander; Vorstandsmitglieder der Bundesbank halten serienweise Vorträge, in denen sie offen oder dezent verdeckt alle diese Bedenken auflisten. Den einen ist das Ganze ein ausichtsloses Unterfangen, weil sich nie

genügend Länder zusammenfinden würden, die die Beitrittskriterien erfüllen könnten, daß eine Wirtschafts- und Währungsunion Sinn gäbe. Und Minister in Bonn und in den Bundesländern beeilen sich entsprechend auch regelmäßig mit der Feststellung, dann komme die Währungsunion eben nicht zustande; Luxemburg und Deutschland allein in einer Währungsunion, gegenwärtig die einzigen Länder, die sich zur Währungsunion bekennen und zugleich aus dem Stand die Beitrittskriterien erfüllen, gäbe eben keinen Sinn.

Andere sind vorsichtiger, plädieren für Verschiebung, rütteln am Datum, wobei nicht immer zu erkennen ist, meint man nur den Zeitpunkt oder stellt man den Zeitpunkt in Frage, weil einem die ganze Richtung nicht paßt. Und die Bonner Opposition, angeführt in diesem Fall von *Gerhard Schröder*, wollte in der Wirtschafts- und Währungsunion gar das große „nationale Thema“ entdeckt haben, mit dem sie 1998 den „Europäer“ *Helmut Kohl* aus dem Amt treiben könne. Inzwischen scheint man da nicht mehr so sicher zu sein; nur die zweite SPD-Garnitur aus der Provinz tritt noch für die Verschiebung ein. Aber es ist nicht auszuschließen, daß angesichts des Zeitplans (Verwirklichung der dritten Stufe zum 1. 1. 1999) 1998 in denkbar schiefen Schlachtordnungen ein aggressiver Wahlkampf für und wider die Währungsunion geführt wird. Und möglicherweise ist es in der Tat so, daß nur eine solche Auseinandersetzung die nötige Aufklärung bringen kann.

Einstweilen jedenfalls scheinen neben der Bundesregierung hauptsächlich nur Großindustrie und Großbanken (neben einigen weitsichtigen Gewerkschaftsführern) die Dringlichkeit und Chance einer Währungsunion unvoreingenommen zu sehen, weil sie am meisten von den langfristigen Währungsschwankungen und von den ständigen Auf- und Abwertungen im europäischen Exportraum betroffen sind, und weil sie sich am nachhaltigsten eine Stärkung durch die europäische Gemeinschaftswährung gegenüber dem amerikanischen Dollar erhoffen. Aber es wäre sträflich kurzsichtig,

wollte man das Projekt Wirtschafts- und Währungsunion nur unter Vorteils Gesichtspunkten für den deutschen Export sehen. Die Wirtschafts- und Währungsunion vollzieht sich nicht außerhalb der europäischen politischen Integration. Sie ist nach den Römischen Verträgen und der Vollendung des Binnenmarktes deren wichtigster Schritt.

Finden sich für die Währungsunion unter französisch-deutscher Führung (mit Österreich mit im Boot) genügend Länder für eine Währungsunion zusammen und eröffnen diese den anderen EU-Ländern eine realistische Chance, nach und nach ebenfalls beitreten zu können, so bedeutet das einen gewaltigen Schub auch für die politische Union.

Umgekehrt ist zu bedenken, daß wir uns in ganz Europa gegenwärtig in einer besonders delikaten Phase mit unübersehbaren *Renationalisierungstendenzen* befinden. Die Zeitspannen für die europäische Einigung sind nicht so kurz, wie sie 1989/90 für die deutsche Vereinigung waren, aber beliebig verlängern lassen auch sie sich nicht. Vertut man jetzt die Chance mit Verzögern und Verschieben, kommt sie nicht wieder. Und unsere Generation trüge dafür die Verantwortung. se

Demonstration

Der Buß- und Betttag war 1995 zum ersten Mal ein Werktag

In mancher Situation läßt erst eine gewisse Zeit der Trennung, das aufrichtige Durchleben von Abschied und Scheidung erkennen, wieviel man sich bedeutet, wie tief die gegenseitige Zuneigung, wechselseitiges Brauchen und Gebrauchtworden ist. Das gilt für menschliches Miteinander in gleichem Maße wie für bestimmte Tätigkeiten oder persönliche Vorlieben aller Art. Manche Äußerungen, ein teilweise demonstratives Begehen des ersten nicht arbeitsfreien, dem Ringen und Gezänk